



Fotolia.com: © Thaut Images

## Versorgungssicherheit ist unverzichtbar

# Klartext in der Energiepolitik

VON JOHANNES LAMBERTZ

Deutschland ist auf dem Weg zu einer neuen Energiepolitik – das ist klar. Unklar ist, wie der neue Kurs aussehen und an welchen Parametern er sich orientieren wird. Trotz der aufgewühlten Diskussion kommt es darauf an, die Gesetze der Physik und Ökonomie zu beachten.

Die deutschen Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien waren schon vor dem 11. März sehr ambitioniert. Dies wird verstärkt, wenn jetzt noch schneller mehr Kapazitäten für Wind- und Sonnenstrom entstehen sollen. Vorsicht ist allerdings geboten: Unser hoch komplexes Stromversorgungs-

system verkräftet fundamentale Einschnitte von jetzt auf gleich nicht. Versorgungssicherheit darf nicht zur Restgröße degradiert werden.

Wenn große Kapazitäten im Bereich Kernkraft abgeschaltet werden, gerät die regionale Verteilung unserer Erzeugungskapazitäten aus dem Gleichgewicht. Der Zubau von Windkraftkapazitäten in Norddeutschland verstärkt dies noch. Das muss man wissen – und die Folgen bedenken: zunehmende Importe, Überlastung der Stromautobahnen von Nord nach Süd. Die Bundesnetzagentur warnt vor Engpässen, die Deutsche Energieagentur hält über 3600 Kilometer neue Leitungen bis 2020 für not-



wendig. Seit 2005 werden pro Jahr aber nur 20 Kilometer gebaut. Ergo muss der Ausbau massiv beschleunigt werden.

Ein Plus an erneuerbaren Energien braucht ein Plus an Speichern. Würde 2030 etwa 30 Prozent des Stroms durch Wind erzeugt, wäre dafür in einer windfreien Woche eine Speicherkapazität von 2820 Gigawattstunden erforderlich. Das ist das 70-fache dessen, was heute in Deutschland zur Verfügung steht. Deshalb müssen neue Speicher gebaut, bestehende erweitert, zudem moderne Druckluftspeicher realisiert werden. Es ist gut, dass die Bundesregierung hier Förder-

mittel avisiert. Schneller aus der Kernenergie aussteigen heißt auch: das Erreichen der Klimaziele wird schwieriger. 17 Prozent regenerativer und 23 Prozent Strom aus Kernenergie entsprechen heute einer CO<sub>2</sub>-freien Erzeugung von 40 Prozent. Steigen wir aus der Kernenergie aus und erhöhen den Anteil der Erneuerbaren auf 40 Prozent, wäre gerade der bisherige Stand erreicht. Aber zur Sicherung der Versorgung sind hocheffiziente Kohle- und Gaskraftwerke nötig, die die Schwankungen von Wind und Sonne ausgleichen und den CO<sub>2</sub>-Ausstoß reduzieren. Neue Kohlekraftwerke können bis zu 30 Prozent CO<sub>2</sub> einsparen. Wer jetzt gleich noch aus der Kohle aussteigen will, der handelt also fahrlässig.

Jeder will eine „saubere“ Stromversorgung – keiner will Windmühle, Stromleitung oder konventionelles Kraftwerk hinterm eigenen Haus. Beispiel CCS-Technologie, also die Abtrennung und Speicherung von CO<sub>2</sub>: Führende Klimaforscher sehen in CCS einen Schlüssel im Kampf gegen den Klimawandel – in Deutschland aber hat sich längst der Protest for-

miert. Im Alleingang können die Unternehmen so wichtige Infrastrukturprojekte nicht realisieren. Die Gesellschaft muss definieren, was für das Gemeinwohl nötig ist. Politik kann sich nicht auf eine Mediationsrolle beschränken. Heute in Brüssel und Berlin dafür – morgen vor Ort dagegen: So lässt sich keine Energiewende gestalten. Und Politik muss bei den Kosten Farbe bekennen. 200 Milliarden Euro sind laut Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung für den beschleunigten Umbau in den nächsten zehn Jahren nötig. Ohne gesellschaftlichen Konsens geht das nicht.

Wer einen neuen Kurs für die Energiepolitik bestimmt, darf die Grundlagen des Navigierens nicht außer Acht lassen. Strom muss bezahlbar bleiben und jederzeit sicher fließen – im Interesse unseres Industriestandorts. Es steht viel auf dem Spiel. ■

*Dr. Johannes Lambertz ist Vorsitzender der Bundesfachkommission Energiepolitik des Wirtschaftsrates der CDU e.V. und Vorsitzender des Vorstandes der RWE Power AG.*